

1353 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP

Bericht des Verfassungsausschusses

über die Regierungsvorlage (1092 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Verwaltungsgerichtshofgesetz geändert wird

Die gegenständliche Regierungsvorlage steht im Zusammenhang mit der Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1988, BGBl. Nr. 685, durch die unabhängige Verwaltungssenate in den Ländern eingerichtet wurden.

Die Novelle enthält jene Gesetzesänderungen, die durch die Schaffung unabhängiger Verwaltungssenate notwendig sind, insbesondere hinsichtlich der Zuständigkeit des Gerichtshofes bei Beschwerden gegen die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgehalt. Darüber hinaus soll die Frage der Beteiligung jener Behörden, die für Angelegenheiten zuständig sind, über die ein unabhängiger Verwaltungssenat entschieden hat, im Beschwerdeverfahren gegen die Bescheide der unabhängigen Verwaltungssenate vor dem Verwaltungsgerichtshof geregelt werden.

Der Verfassungsausschuß hat zur Vorbehandlung der Regierungsvorlage am 15. November 1989 einen Unterausschuß eingesetzt, dem von der Sozialistischen Partei die Abgeordneten Dipl.-Kfm. Dr. Johann Bauer, Dr. Gradischnik, Dr.

Müller, Mag. Dr. Neidhart und Piller, von der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Ermacora, Dr. Etmayer, Dr. Graff, Dr. Khol und Kiss, von der Freiheitlichen Partei Österreichs die Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé sowie von den Grünen der Abgeordnete Smolle angehörten.

Der Unterausschuß hat insgesamt zwei Sitzungen abgehalten.

Am 22. Mai 1990 hat der Obmann des Unterausschusses Abgeordneter Dr. Gradischnik über das Ergebnis der Unterausschußverhandlungen im Verfassungsausschuß berichtet.

Nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Helene Partik-Pablé, Dr. Khol und Dr. Ermacora hat der Verfassungsausschuß einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (1092 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1990 05 22

Elmecker
Berichterstatter

Dr. Schranz
Obmann